

23. Februar 2010

BZ-INTERVIEW: "Aigner setzt auf ein bloßes Weiter-So"

BZ-INTERVIEW mit Marita Wiggerthale von der Hilfsorganisation Oxfam: Sie verlangt eine umweltschonende Agrarpolitik.



M. Wiggerthale Foto: privat

Die Bundesregierung schlägt in der Agrarpolitik nach Auffassung der Hilfsorganisation Oxfam Deutschland einen falschen Kurs ein. Mit der Oxfam-Vertreterin Marita Wiggerthale sprach Bernhard Walker.

BZ: In der EU beginnen nun die Beratungen, wie es nach 2013 mit dem größten Ausgabenblock – der Agrarpolitik – weitergehen soll. In einem internen Papier hat Agrarministerin Ilse Aigner (CSU) die deutsche Position abgesteckt. Wie beurteilen Sie Aigners Vorschläge?

Wiggerthale: Es ist absolut frappierend und enttäuschend, wie stark Aigner auf ein bloßes Weiter-So in der Agrarpolitik setzt. Sie betont, dass auch künftig stabile, entkoppelte Direktzahlungen nötig seien, wie es in dem Papier heißt. Dabei steht schon lange fest, dass diese Subventionen keineswegs automatisch Leistungen für das Gemeinwohl erbringen, also dafür, dass die biologische Artenvielfalt erhalten bleibt, oder der Klimaschutz gestärkt wird oder dass eine Landwirtschaft entsteht, die auf ökologisch und sozial verträgliche Weise Lebensmittel erzeugt.

BZ: Das Papier nennt aber Klimaschutz oder den Erhalt der Biodiversität als Ziele der

europäischen Agrarpolitik.

Wiggerthale: Dabei kommt es aber über Lippenbekenntnisse nicht hinaus. Wer diese Ziele ernsthaft anstrebt, muss dafür konkrete Schritte nennen. Der Umbau der Landwirtschaft ist ja alles andere als einfach, weil er ganz grundlegende Änderungen in der Produktionsweise nötig macht. Doch von konkreten Schritten findet sich in Aigners Konzept nichts. Ich kann das nur so erklären, dass die Ministerin sich an die Seite der Akteure stellt, die das heutige System erhalten wollen – und sei es noch so ungeeignet, eine zukunftsfähige Landwirtschaft zu erreichen.

BZ: Welche Akteure meinen Sie?

Wiggerthale: Ich meine den Bauernverband und die Verbände der deutschen Agrar- und Ernährungswirtschaft. Die haben traditionell unter CDU/CSU-geführten Regierungen enormen Einfluss im Agrarministerium. Unter Aigner ist das offensichtlich auch gängige Praxis. Ein Beispiel dafür ist das von der schwarz-gelben Koalition aufgelegte Sonderprogramm für die Landwirtschaft, das immerhin 750 Millionen Euro umfasst. Aigner erhöht also Subventionen, anstatt sich an den Umbau zu machen, von dem ich sprach.

BZ: Was die europäische Agrarpolitik nach 2013 angeht, erwähnt Aigner keine Summen. Rechnen Sie damit, dass das Volumen von heute mehr als 50 Milliarden Euro sinkt?

Wiggerthale: In Brüssel rechnen alle Beobachter damit, dass der Gesamtbetrag aufgrund von heftigem Druck vor allem der Briten dann wohl sinkt. Für mich ist aber eine andere Frage vorrangig – nämlich die Frage nach dem Wofür. Wofür sollen die europäischen Steuerzahler Geld ausgeben? Für einen Agrarsektor, der ökologisch und sozial arbeitet? Für einen Agrarsektor, der nicht durch Exportbeihilfen Kleinbauern in armen Entwicklungsländern ruiniert? Diese Ziele sind eindeutig am Gemeinwohl orientiert. Wenn die EU dafür Geld ausgibt, ist jeder Cent sinnvoll angelegt. Frau Aigner strebt aber leider nicht in diese Richtung, sondern hält ganz an der alten Struktur fest. Und die ist gemessen an ihren kläglichen Ergebnissen viel zu teuer. Die Klimabelastung durch Überdüngung, die Belastung des Grundwassers mit Nitrat, der alarmierende Verlust an Biodiversität: All das hat eben einen sehr hohen Preis. Um diese Probleme zu bewältigen, ist der Umbau des Agrarsektors nötig.

BZ: Was macht Sie sicher, dass die Verbraucher bereit sind, den Umbau des Agrarsektors zu akzeptieren?

Wiggerthale: Wenn sie Verbraucher fragen, wie die Agrarsubventionen eingesetzt werden sollen, ist die Antwort mehrheitlich, dass allein die Bauern Mittel bekommen sollen, die umweltfreundlich anbauen und ihre Tiere artgerecht halten. All jene, die Arbeitsplätze abbauen, Massentierhaltung betreiben, die Umwelt schädigen und den Verlust der Artenvielfalt vorantreiben, sollten dafür nicht auch noch honoriert werden. Genau das aber will Frau Aigner.

BZ: Der Umbau wird zu teureren Lebensmitteln führen. Viele Verbraucher können nicht mehr Geld ausgeben.

Wiggerthale: Jeder Bürger, der hochwertige Qualitätslebensmittel will und auf eine ökologische und sozial gerechte Landbewirtschaftung setzt, sollte versuchen – soweit es der Geldbeutel erlaubt – entsprechend einzukaufen. Denn der Billig-Billig-Einkauf befördert letzten Endes eine Fast-Food-Landwirtschaft mit Küken vom Fließband, Soja aus Regenwaldabholzung und Verdrängung kleiner bäuerlicher Betriebe. Aber am wichtigsten ist, dass wir die Bundesregierung davon abhalten, auf Kosten aller nur die Interessen des Bauernverbands und der Agrar- und Ernährungswirtschaft zu bedienen. Ein Umbau des Agrarsektors und der europäischen Agrarpolitik sind dringend nötig.

Autor: bwa